

# „From the Charm to the Offensive“: Hat China eine neue Außenpolitik?

Dirk Schmidt<sup>1</sup>

## Summary

As expressed by a plethora of news headlines and articles in academic journals over the last two or three years, a new consensus on Chinese foreign policy seems to have emerged: According to this view, China is said to have reneged upon its previous “smile diplomacy” or “charm offensive” and to have become more “assertive”, “aggressive”, “nationalist”, “triumphalist” or “belligerent”. This judgment is based e.g. on China’s recent behaviour in territorial conflicts with its neighbours, its military modernization programme or its often rude, condescending treatment of foreign dignitaries by Chinese diplomats. This article rejects the notion of a “new” and “more assertive” Chinese foreign policy, as displayed in Chinese rhetoric and diplomacy, since 2009. It contends that most of the literature fails to differentiate between four dimensions of Chinese foreign policy (‘imperial’ foreign policy, the ongoing forces of interdependence, unconventional foreign relations ‘in the shadow of the empire’, ‘guerilla’ foreign relations). Thus, Chinese foreign relations are far more decentralized and contradictory than the authoritarian character of its political system implies. Therefore, its foreign policy is “new” in a sense, but it is still too early to call it “assertive”.

## 1. Einleitung

Betrachtet man repräsentative Schlagzeilen bzw. Artikel in der westlichen Presse zur chinesischen Außenpolitik seit 2009, so scheint sich ein neuer Konsens herausgebildet zu haben: In zugespitzter Form, oft bildhafter Sprache und im Tonfall überwiegend alarmistisch wird demnach einhellig konstatiert, China verhalte sich zunehmend „aggressiv“, „anmaßend“, „gereizt“, „herablassend“, „schroff“, „triumphalistisch“, „anti-westlich“, „nationalistisch“, „fletsche seine Zähne“, „zeige seine Krallen“ oder stampfe wie Rumpelstilzchen wild mit seinen Füßen auf dem internationalen diplomatischen Parkett herum, wenn es seinen Willen nicht bekomme (siehe Blumenthal 2011; Dreyer 2011; Köckritz 2010; Kurlantzick 2011; Richter 2010; Shambaugh 2010; Solomon 2011; The Economist 2010a). Jenseits von Leitartikeln, Op-Ed-Beiträgen oder außenpolitischen Weblogs haben zeitgleich zudem wissenschaftliche Abhandlungen – wenn auch deutlich weniger marktschreierisch –

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag des Verfassers im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung der DGA am 17. Juni 2011 in Berlin. Ich danke Sebastian Heilmann und Martin Wagener für hilfreiche Kommentare und Anregungen.

die Erscheinungsformen, Gründe und Folgen einer vermeintlich grundlegend geänderten chinesischen Außenpolitik aufgegriffen (Brown/Loh 2011; Christensen 201; Swaine 2010; Thayer 2011; Wei Da 2010). All diese Publikationen sind geeint in ihrer Diagnose, dass wesentliche Bestandteile der bisherigen „Charme-Offensive“, wie sie die chinesische Außenpolitik im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts prägten, nicht mehr wie bisher anzutreffen seien: die Bereitschaft zur Einbindung in regionale und globale multilaterale Regelwerke inklusive des Verzichts auf bisher sakrosankte Souveränitätsvorbehalte, das Streben nach Interessenausgleich mit und Zurückhaltung gegenüber den Nachbarstaaten v.a. im Falle von Territorialkonflikten, die Kultivierung von Soft Power auf globaler und regionaler Ebene anstelle von traditioneller Machtpolitik und Einschüchterungsversuchen, das Vermeiden einer offenen Konfrontation mit den USA in wichtigen Politikfeldern sowie die Zurückhaltung bei der Formulierung alternativer Ordnungsvorstellungen, die die Führungsrolle der USA in Frage stellen könnten (zu diesen Kennzeichen der chinesischen Außenpolitik nach 1999 siehe Kurlantzick 2007, Sutter 2010).

In diesem Beitrag wird der so aufgefasste neue Konsens kritisch hinterfragt. Demnach erfasst die These von der „neuen“, „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik lediglich oberflächliche Phänomene, erschöpft sich in der Aufzählung tagesaktueller Konflikte, ist teilweise in ihrer Kritik an China lediglich alter Wein in neuen Schläuchen und verdeckt die Differenzierung der Tiefenstruktur chinesischer Außenpolitik entlang unterschiedlicher Dimensionen, denen unsere eigentliche Aufmerksamkeit gelten sollte. Die chinesische Außenpolitik ist in diesem Sinne tatsächlich „neu“, aber auf andere Art und Weise als es viele Vertreter der These vom „aggressiven China“ suggerieren. Um dies herauszuarbeiten, erfolgt zunächst eine kurze Darstellung der wichtigsten Erscheinungsformen und Grundlagen für das „neue“, „aggressive“ Auftreten Chinas, wie sie in der oben genannten Literatur als Belege identifiziert werden. Anschließend werden vier Dimensionen der chinesischen Außenpolitik dargestellt, die besser geeignet erscheinen, der Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der chinesischen Außenpolitik in einem fluiden internationalen Umfeld gerecht zu werden. Darauf aufbauend werden die wichtigsten Argumente bezüglich der These von einer „neuen“, „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik kurz anhand dieser Dimensionen überprüft.

## **2. Die These von der „neuen“, „aggressiven“ Außenpolitik Chinas**

Alle Aussagen zu einer „neuen“ und „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik setzen auf zwei Ebenen an: einer deklaratorisch-konzeptionellen Ebene, die primär chinesische Meinungsäußerungen und der Außenpolitik zugrundeliegende theoretische Konzepte im Blick hat, sowie einer praktisch-diplomatischen Ebene, die sich auf konkretes außenpolitisches Verhalten Chinas seit 2009 bezieht:

Auf der ersten Ebene werden Abweichungen zum bisherigen Kurs bzw. Neuerungen vor allem anhand von drei Beispielen identifiziert.

- Dies beginnt mit Annahmen über eine Abkehr der auf Deng Xiaoping zurückgehenden außenpolitischen Anweisung in Form von 28 Schriftzeichen aus dem Jahre 1989. Diese bezieht sich im Kern darauf, die eigenen Kapazitäten zu verbergen (*tao guang yang hui*), niemals eine Führungsrolle anzustreben (*jue bu dang tou*) und einige eigene Beiträge zu leisten (*you suo zuo wei*) (siehe hierzu Zhao Quansheng 1996, 53f.). Den Anlass für diese Spekulationen lieferte eine Rede Hu Jintaos auf einer Botschafterkonferenz im Jahre 2009, auf der er die Förderung einer größeren „Einflussmacht“ (*yingxiangli*) für sein Land in der internationalen Politik angekündigt haben soll (zitiert nach Swaine 2010, 5, Wei Da 2010, 98). Die Abkehr von Deng Xiaopings Anweisung gilt nicht wenigen in Asien als die theoretische Unterfütterung von expansivem Verhalten Chinas im Südchinesischen Meer (siehe Wu Zhong 2010).
- Zum zweiten geht es um die Definition der der Außenpolitik Chinas zugrundeliegenden „Kerninteressen“ (*hexin liyi*), die nach chinesischer Auffassung „unverletzlich“ (*bu qinfan*) bzw. „unzerstörbar“ (*bu pouhuai*) sind, d.h. in keinster Weise Verhandlungsspielraum zulassen. Nach der bisher gängigen offiziellen Darstellung (Hu Jintao 2009; Dai Bingguo 2010) fallen darunter drei Elemente: die Stabilität des politischen Systems, also die Aufrechterhaltung der Führungsrolle der Kommunistischen Partei und die Fortführung des eigenständigen sozialistischen Entwicklungsweges; die Verteidigung nationaler Souveränität und Sicherheit sowie der territorialen Integrität und nationalen Einheit; die Sicherung der Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas. Im Frühjahr 2010 tauchten nun in japanischen und amerikanischen Medien Meldungen auf, China habe in inoffiziellen Gesprächen mit amerikanischen Regierungsvertretern das Südchinesische Meer seinen Kerninteressen hinzugefügt, eine Interpretation, die auch Außenministerin Clinton später in Interviews bestätigte (zu Einzelheiten siehe Swaine 2011). Diese Meldungen nahmen nun zahlreiche Publikationen zum Anlass, von einer strategischen Neuausrichtung Chinas zu sprechen und die Konsequenzen zu debattieren (z.B. Dyer 2010; Lam 2010; The Economist 2010b).
- Der dritte Argumentationsstrang verweist auf die zunehmende Zahl nationalistischer Artikel in chinesischen Medien. Hier rückten vor allem Leitartikel oder Namensbeiträge (oft unter Pseudonymen) der englischsprachigen „Global Times“ in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung, die z.B. ganz offen Vietnam oder den Philippinen wegen des Konflikts im Südchinesischen Meer einen Waffengang androhten (siehe Global Times 2011a, 2011b). Hinzu kommen auch immer wieder im Westen aufgegriffene Stellungnahmen von Offizieren der Volksbefreiungsarmee (VBA) oder einzelne nationalistische Publikationen, in denen statt eines „friedlichen Aufstiegs“ (*heping jueqi*) ein

„militärischer Aufstieg“ (*junshi jueqi*) „im post-amerikanischen Zeitalter“ eingefordert wird (siehe z.B. Liu Mingfu 2010). Solche Zitate fallen besonders dann im Westen auf fruchtbaren Boden, wenn es sich um Generäle aus der zweiten Reihe handelt, die wie Liu Yuan, Politikkommissar der Allgemeinen Logistikabteilung der VBA und Sohn von Liu Shaoqi, als aussichtsreiche Kandidaten für zukünftige Spitzenpositionen im Militär nach dem Herbst 2012 bzw. Frühjahr 2013 angesehen werden (siehe hierzu Li Cheng 2010).

Auf der Ebene des konkreten Verhaltens bzw. der diplomatischen Praxis werden folgende Erscheinungsformen bzw. Nachweise für eine „neue“ Außenpolitik herangezogen:

- An erster Stelle steht die VBA, deren Modernisierungsfortschritte im Jahre 2011 mit mehreren neuen Waffensystemen im Westen für Aufsehen sorgten: dem Testflug eines J-20 Stealth-Kampfflugzeugs während des Besuches von U.S. Verteidigungsminister Robert Gates in China im Januar 2011; dem offiziellen Eingeständnis der Entwicklung einer landbasierten ballistischen Rakete durch die 2. Artillerie, die zu einer Gefahr für amerikanische Flugzeugträger werden könnte („carrier killer“) (Wagener 2011); der See-Erprobung des ersten Flugzeugträgers (ehemalige „Varyag“ der Ukraine) im August, der durch zwei in Eigenregie entwickelte und gebaute Träger ergänzt werden soll. Hinzu kamen auch immer wieder Gerüchte um systematische Hacker-Angriffe bzw. Cyber-Spionage gegen westliche zivile oder militärische Einrichtungen, die ihren Ursprung in China haben (Hille 2011a; US National Counterintelligence Executive 2011;). Darüber hinaus fanden auf taktischer Ebene mehrere Zwischenfälle mit Beteiligung der chinesischen Streitkräfte statt, die in den Verteidigungsestablishments Washingtons und Tokios als aggressive Akte gewertet wurden (z.B. Militär-Hubschrauber, die sich japanischen Schiffen näherten; das Bedrängen der USNS Impeccable im Jahre 2009 durch chinesische Schiffe).
- Ein zweiter regelmäßig angeführter Beleg sind zahlreiche Zwischenfälle in den beiden letzten Jahren im Konflikt zwischen der Volksrepublik China und mehreren südostasiatischen Staaten (v.a. den Philippinen und Vietnam) um rivalisierende Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer (Thayer 2011). In die gleiche Kategorie wird das chinesische Verhalten in der Auseinandersetzung um die Diaoyu-/Senkaku-Inseln vom September 2010 eingeordnet, als der Kapitän eines chinesischen Fischerbootes nach der Kollision mit zwei Schiffen der japanischen Küstenwache von den japanischen Behörden festgenommen wurde. Unmittelbar danach kam es zu anti-japanischen Protesten in China, zur Absage offizieller Besuchsprogramme und der Unterbrechung chinesischer Exporte „Seltener Erden“ nach Japan. Die Spannungen wurden erst nach einigen Wochen mit der von chinesischen Internet-Aktivistinnen als „Sieg über Japan“ gefeierten Rückkehr des Kapitäns nach China entschärft (Przystup 2011; Przystup 2010).

- Breiten Anlass für Kritik aus den USA und Südkorea bot im Jahr 2010 ferner Chinas passives und taktierendes Verhalten angesichts der Aggressionen Nordkoreas gegenüber Südkorea (Versenkung des südkoreanischen Kriegsschiffes Cheonan im März, Artillerie-Beschuss der südkoreanischen Insel Yeonpyeong im November) (zu Einzelheiten siehe International Crisis Group 2011). Zu einer chinesischen Entfremdung von den USA und Südkorea trug demnach auf einer eher symbolischen Ebene der stellvertretende Staatspräsident Xi Jinping zum 60. Jahrestag des Ausbruchs des Koreakrieges 2010 bei, als er das damalige chinesische Eingreifen als „gerechten Krieg zur Abwehr einer Invasion“ (*fankang qinlüe de zhengyi zhi zhan*) rechtfertigte. Im Jahre 2010 mehrte sich letztlich die Zahl dokumentierbarer hochrangiger Besuche und Gegenbesuche zwischen chinesischen und nordkoreanischen Führungsmitgliedern markant.
- Ein weiterer Nachweis bezieht sich auf Konflikte Chinas mit dem Westen, Japan und Südkorea in ökonomischen Fragen: Demnach habe sich die Volksrepublik China in wichtigen wirtschaftspolitischen Feldern ostentativ gegen die USA positioniert (offene Kritik an der „ultralockeren“ Geldpolitik der Federal Reserve, hinhaltender Widerstand gegen eine rasche und deutliche Yuan-Aufwertung). Die chinesische Förderung nationaler Champions (große staats-eigene Konzerne, die zu Weltmarktführern aufgebaut werden sollen) und der Versuch die Wertschöpfungskette rasch empor zu klettern, werden in dieser Interpretation als bewusste Strategie gedeutet, in traditionelle Exportfelder der asiatischen Nachbarn Südkorea und Japan (z.B. Unterhaltungselektronik, Werftindustrien, Eisenbahnbau) einzudringen. Letztlich gehören in diese Kategorie auch Klagen westlicher Unternehmen (z.B. General Electric, Siemens), das Geschäftsklima in China für auswärtige Investoren werde rauer bzw. der Zugang zum Markt schwerer. All dies sei – so eine verkürzte Formel – nichts anderes als die außenwirtschaftliche, d.h. merkantilistische Seite des chinesischen Staatskapitalismus (Bremmer 2010), der mittels einer unterbewerteten Währung, Marktzugangshürden, verpflichtenden Technologietransfers oder der Förderung nationaler Champions sich zu Lasten westlicher Unternehmen und Arbeitsplätze modernisiere.
- Auf praktischer diplomatischer Ebene verweisen Kritiker der chinesischen Außenpolitik auf folgende „neue“, d.h. konfrontative Verhaltensweisen: der offene, d.h. auf jegliche diplomatische Rücksichtnahme verzichtende Schlagabtausch des amerikanischen Außenministers und des chinesischen Generalstabschefs anlässlich des Shangri-La Dialogs im Juni 2010 in Singapur, das herablassende Gebaren von Außenminister Yang Jiechi während des ARF-Treffens in Hanoi im Juli 2010 gegenüber den kleineren südostasiatischen Nachbarstaaten, mehrere symbolische diplomatische Affronts gegenüber Präsident Obama bei dessen Besuch in China im November 2009 oder der obstruktive Widerstand Chinas gegen verbindliche, verifizierbare Klimaschutzmaßnahmen auf dem

Umweltgipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 (siehe hierzu Kyngé 2010; Storey 2010; Wines 2010).

- Als letzte Gruppe von Belegen gilt schließlich der von der Volksrepublik deutlich zum Ausdruck gebrachte Vorrang von innenpolitischen Zielen gegenüber der Pflege des Images als „verantwortliche Großmacht“. Als Beispiele hierfür werden genannt die langjährige Haftstrafe gegen Liu Xiaobo (Dezember 2009), der chinesische Umgang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an diesen Dissidenten (Dezember 2010) und die Hinrichtung des britischen Staatsbürgers Akmal Shaik (Dezember 2009) wegen Drogendelikten trotz internationaler Proteste aufgrund von Zweifeln an dessen Schuldfähigkeit.

Die in der Literatur herangezogenen Gründe für die „neue“, „aggressive“ chinesische Außenpolitik sind dabei vielfältig (für einen systematischen Überblick siehe Swaine 2010):

- Dies beginnt mit Einschätzungen, die militärische Führung der VBA habe bewusst die zivile Führung über den Stand militärischer Projekte im Unklaren gelassen und entwickle sich mit Alleingängen in operativen Einsätzen mehr und mehr zu einer eigenständigen Kraft in der chinesischen Außenpolitik (siehe hierzu Hille 2011c; Raine 2011, 79; Rehman 2011).
- Eine zentrale Rolle wird weiterhin dem im Jahre 2012 bzw. 2013 anstehenden Führungswechsel in Partei und Staat zugemessen: Die noch im Amt befindlichen Spitzenfunktionäre müssten demnach für ihr politisches Erbe Sorge tragen, und für die zur Nachfolge anstehenden Kandidaten sei es ratsam, sich als harte Verteidiger der Interessen Chinas zu positionieren. Ebenfalls in diese Kategorie zählen Argumentationen, die darauf verweisen, eine geschwächte Führung in Beijing wolle durch unnachgiebiges Verhalten nach außen von den Problemen im Inneren (Instabilität in Xinjiang und Tibet, zahllose soziale Proteste) ablenken. Letztlich hätte angesichts des volatilen internationalen Umfeldes (d.h. vor allem wegen der „demokratischen Revolutionen“ in Nordafrika mit dem Sturz langjähriger autokratischer Herrscher) innerhalb der Kommunistischen Partei die Fraktion der „Hardliner“ (Militär, Sicherheits- und Propagandaapparat) die Oberhand gewonnen.
- Während zudem bis in die jüngste Zeit Beijing ein „intelligentes Geduldsspiel“ (Rachman 2011) betrieben habe, verliere es nun offensichtlich die Geduld im Bemühen, seine Nachbarn über den Weg der ökonomischen Stärke in eine chinesische Einflussphäre einzubeziehen und überreize seine Karten (Rachman 2011). Eine etwas abgewandelte These geht davon aus, China sei vom Verhalten der Regierung Obamas im Jahre 2010 enttäuscht worden (Verkauf von Waffen an Taiwan im Januar 2010, Kritik an der Internet-Zensur im Falle Googles, Privatbesuch des Dalai Lama im Weißen Haus bei Obama) und reagiere nun mit einem *tit-for-tat* (Christensen 2011, 62; Swaine 2010, 4ff.).

- Eine andere Interpretation betont die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf China: Demnach seien vor allem linke (d.h. marxistisch-antikapitalistische) und nationalistische Strömungen gestärkt, die auf Ausgleich mit dem Westen und auf Multilateralismus setzenden Kräfte aber geschwächt worden (Shambaugh 2011). Dies habe sich zugetragen vor dem Hintergrund einer ohnehin komplexeren, unübersichtlicheren, pluralistischeren außenpolitischen Entscheidungsfindung, die stärker durch gesellschaftliche (v.a. Internetgemeinde) und ökonomische Kräfte (Staatsunternehmen aus dem Energiebereich, Finanzinstitutionen) beeinflusst werde (Jakobson/Knox 2010).
- Ein letzter Begründungsstrang entdeckt aus der Perspektive des Neorealismus ein geradezu mechanistisches Kausalmuster: China folge demnach einem vertrauten Verhalten einer aufstrebenden Großmacht analog zu den Fällen im 20. Jahrhundert (Deutschland, Japan). Eine etwas abgewandelte Sichtweise geht davon aus, dass China sich wegen der immer globaler werdenden ökonomischen Interessen zwangsläufig expansiver verhalten müsse.

### 3. Zwischen 'Imperium' und 'Guerilla': Vier Dimensionen der chinesischen Außenpolitik

Wie gesehen, sind viele Charakterisierungen der chinesischen Außenpolitik in jüngster Zeit oft schlagwortartig verkürzt und im Tonfall alarmistisch. Sie beziehen sich in der Regel auf tagesaktuelle Geschehnisse. Eine angemessene Betrachtungsweise sollte jedoch stärker Widersprüchen und Ambivalenzen im außenpolitischen Verhalten Chinas gerecht werden und längerfristigen Neuerungen bei Akteuren und Prozessen mehr Beachtung schenken.

Hierzu werden im Folgenden vier grundlegende Dimensionen der chinesischen Außenpolitik und Außenwirtschaft sowie deren Wirkungen in Chinas bi- und multilateralen Beziehungen umrissen: erstens Chinas 'imperiale' Außenbeziehungen, die sich auf eine Expansion der Wirkungsmöglichkeiten als Großmacht im regionalen und weltweiten Kontext richten; zweitens auf China einwirkende Kräfte der Interdependenz; drittens Chinas – häufig missverständene – unkonventionelle Außenbeziehungen 'im Schatten des Imperiums'; und viertens die rasant an Bedeutung gewinnenden und in vielerlei Hinsicht bedrohlichen 'Guerilla'-Außenbeziehungen, die sich außerhalb des 'imperialen Schattens' entfalten (Schmidt/Heilmann 2012, Kapitel 13).

#### 'Imperiale' Außenbeziehungen

Die Begriffe 'Imperium' und 'imperial' werden hier in einem historisch-deskriptiven Sinn (also weder in theoretisch-verallgemeinernder Absicht noch mit moralischer oder ideologischer Aufladung) verwendet zur Kennzeichnung eines autoritär und zentralistisch regierten Großreiches, das außergewöhnlich große Territorien und

Populationen kontrolliert. Ein solches 'Imperium' strebt eine Ausdehnung der eigenen Wirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten nach außen mittels diplomatischer, wirtschaftlicher, militärischer wie auch kultureller und technologischer Instrumente an. Die nationale Expansion schließt die Etablierung asymmetrischer Beziehungen zu abhängigen oder untergeordneten anderen Staaten und Ökonomien ein.

Aus dieser Perspektive ist die chinesische Außenpolitik darauf fixiert, den unter amerikanischer Führung etablierten Status quo der globalen Ordnung langfristig zu überwinden und China bis spätestens Mitte des 21. Jahrhunderts zur mächtigsten Nation in den Bereichen Handel und Wirtschaft, Militär und Diplomatie sowie Technologie und Forschung zu machen. Dieser Zielsetzung dient eine zentralistisch-hierarchische Steuerung, die von einem planvollen, langfristigen, strategischen Vorgehen geleitet ist. Beispiele für eine solche Vorgehensweise sind die staatlich extensiv geförderte, globale ökonomische Expansion oder Kampagnen zur Sicherung breiter Unterstützung für China in internationalen Konfliktfällen.

Zugleich aber sind Schwächen und Grenzen etwaiger imperialer Bestrebungen Chinas nicht zu übersehen: Die Vereinigten Staaten haben bereits deutlich gemacht, dass sie mit Hilfe ihrer bilateralen Sicherheitsverträgen im asiatisch-pazifischen Raum präsent bleiben werden; bereits in jüngster Zeit haben sich Anzeichen für die Herausbildung von Gegenallianzen zu China in Ostasien erkennen lassen; in China selbst existieren zudem gewichtige Vorbehalte angesichts der Kosten und Risiken eines möglichen Supermacht-Status; und letztlich gibt es keine missionarische Agenda in Chinas Außenpolitik, wie sie für die US-amerikanische Expansion im 20. Jahrhundert so typisch gewesen ist.

## Die Kräfte der Interdependenz

Kräfte der Interdependenz haben China in ein immer dichteres Netz internationaler vertraglicher Verpflichtungen und internationaler Organisationen eingebunden, die einer einseitigen Machtentfaltung entgegenwirken: von den Regeln der Welthandelsorganisation über internationale Klimaschutzabkommen bis hin zu UN-Menschenrechtskonventionen. Am deutlichsten wird diese Interdependenz in der ökonomischen Schicksalsgemeinschaft Chinas mit den USA, in der weder Washington noch Beijing eine umfassende Destabilisierung der anderen Seite hervorrufen oder hinnehmen können, ohne selbst im Kern der eigenen Stabilität und Macht getroffen zu werden. Diese auf Kooperation und Selbstbeschränkung hinwirkenden Kräfte entfalten erkennbare Wirkungen im außenpolitischen Verhalten der chinesischen Regierung, das – außerhalb akuter diplomatischer Konflikte – weiterhin auf eine Identität (Selbstbild) und ein Image (Fremdbild) als „verantwortliche Großmacht“ gerichtet ist.

Dass diese kooperative Orientierung in Konflikt mit dem Interesse an nationaler Machtentfaltung geraten kann, zeigt sich immer wieder in heftigen Rivalitäten zwischen unterschiedlichen staatlichen Organen der Volksrepublik China, die um Ein-

fluss auf Gestaltung und Gewichtung der Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik ringen.

Die Außenpolitik der Volksrepublik China ist – anders als es der autoritäre Charakter des Einparteiensystems erwarten ließe – das Produkt des Zusammenwirkens einer Vielzahl von Akteuren, Interessen und Initiativen. Nur in einzelnen Politikfeldern kann überhaupt von einer stringent ausgearbeiteten Strategie die Rede sein. Vor allem in der für Chinas internationalen Aufstieg so wichtigen Außenwirtschaftspolitik aber werden die von der Zentralregierung vorgegebenen Zielkataloge und Verhaltensregeln immer wieder durch regionale Regierungen sowie durch staatliche Unternehmen und auch private Wirtschaftsakteure unterlaufen.

### **Unkonventionelle Außenbeziehungen 'im Schatten des Imperiums'**

Chinas unkonventionelle Außenbeziehungen 'im Schatten des Imperiums' beinhalten eine Vielzahl nicht zentral koordinierter Vorstöße und breit gestreuter Engagements insbesondere im außenwirtschaftlichen Bereich. Zwar werden langfristige Prioritäten und Finanzierungsprogramme durch die Zentrale festgelegt. Deren Umsetzung aber erfolgt durch dezentrale, nichtstandardisierte Initiativen oder in explizit proklamierten Experimentalprogrammen, die eine schrittweise Weiterentwicklung etwa des außen-, handels- oder währungspolitischen Instrumentariums erlauben.

Hierin besteht die überraschendste Dimension der Außenbeziehungen Chinas, die häufig Gegenstand grober Missverständnisse in weiten Teilen der westlichen Öffentlichkeit ist. Die auch in den Außenbeziehungen seit drei Jahrzehnten demonstrierte Innovations- und Anpassungsfähigkeit Chinas liegt gerade nicht im Zentralismus begründet, sondern – ganz im Gegenteil – in der bewussten Duldung und Förderung einer *dezentralen* Initiative.

Aufgrund des besonderen Verlaufs der chinesischen Revolution, die von lokalen Basisgebieten aus und durch lokal äußerst unterschiedliche Mobilisierungsmethoden vorangetrieben wurde, hat sich in die Führungspraxis der Kommunistischen Partei Chinas (ganz im Gegensatz zum zentralistischen sowjetischen Modell) die Erfahrung tief eingegraben, dass in einer rasch veränderlichen Umwelt viele praktische Anforderungen sich am zweckmäßigsten dezentral bewältigen lassen. Die Politikziele werden autoritativ „von oben“ festgesetzt; die Politikinstrumente aber werden experimentierend „von unten“ entwickelt und ständig weiterentwickelt (Heilmann/Perry 2011).

Die Zentrale beschränkt sich nach diesem Verständnis auf die Festlegung strategischer Prioritäten und Programme, begrenzt aber ihre direkten Interventionen auf Fälle international sichtbarer, unabweisbarer Fehlentwicklungen, die übergeordneten politischen Kalkülen zuwider laufen. Die Möglichkeit zu machtvollen Ad-hoc-Interventionen der Zentrale bleibt allerdings erhalten, sodass über vielen dezentralen Aktivitäten gleichsam ein 'Schatten des Imperiums' liegt.

## 'Guerilla'-Außenbeziehungen

Als 'Guerilla'-Außenbeziehungen (außerhalb des 'Schattens des Imperiums') werden hier politisch gar nicht mehr koordinierte, irreguläre und illegale Aktivitäten bezeichnet. Diese manifestieren sich zum Beispiel in einer rasch wachsenden transnationalen Schattenwirtschaft oder gar organisierten Kriminalität unter Einbeziehung chinesischer, auslandschinesischer wie auch nichtchinesischer Akteure. Vorangetrieben werden die 'Guerilla'-Außenbeziehungen durch ständig in Veränderung begriffene, meist transnationale Netzwerke, die überwiegend entlang ethnisch-chinesischer Verbindungen gebildet werden und selbstständig auf fremdem Territorium agieren. Es handelt sich um hoch bewegliche Nischen-Springer mit einer größtenteils unsichtbaren bzw. jederzeit wandelbaren Präsenz.

Obwohl Evidenz für solche informellen Aktivitäten naturgemäß nur anekdotisch-sporadisch zu Tage tritt, lassen sich doch viele markante Fallbeispiele für die Dynamik dieser Guerilla-Außenbeziehungen aus der jüngeren Zeit belegen: die transnational organisierte Produkt- und Markenpiraterie unter Einbeziehung von Großhandels-/Außenhandelsunternehmen in Südchina sowie Distributionszentren unter anderem in Moskau, Budapest und Dubai; eine wachsende Zahl von Untergrundfabriken und Händlernetzwerken nicht nur in Chinas Nachbarländern, sondern zunehmend auch in Ost- und Südeuropa (gut dokumentiert in Rumänien, Ungarn und Norditalien); die Rohstoffgewinnung in Afrika und Lateinamerika nicht nur durch Untergrundnetzwerke, sondern auch durch chinesische staatsnahe und private Unternehmen, unter Einschluss illegaler Abholzungen in Myanmar, Indonesien und afrikanischen Ländern; manipulierte Börsengänge meist kleinerer chinesischer Unternehmen auf westlichen Finanzmärkten mittels komplexer Firmenkonstruktionen sowie gefälschter Unternehmensdokumentationen und Bilanzen; in Menschen-smuggel und illegalem Glücks-/Wettspiel aktive, globale Mafia-Netzwerke; illegaler Handel mit sensiblen Gütern, von geschützten Tieren und Hölzern bis hin zu Nuklear- und Raketentechnologie (in Verletzung internationaler Nichtverbreitungsabkommen wie etwa im Falle Irans), vermutlich häufig unter Mitwirkung staats- oder militärnaher chinesischer Firmen, die hier auf eigene Rechnung korrupt agieren.

Viele dieser Phänomene deuten darauf hin, dass sich eine transnationale Unterwelt – ausgehend von China, aber außerhalb des direkten Zugriffs der chinesischen Regierung – entwickelt. Diese Unterwelt ist in ihren wahren Ausmaßen nur in Umrissen zu erkennen, wächst aber offensichtlich rasant als Begleiterscheinung der globalen Präsenz chinesischer Wirtschaftsakteure. Hierbei handelt es sich um die bedrohlichste Dimension der Außenbeziehungen Chinas im 21. Jahrhundert. Denn die Spielregeln dieser Unterwelt haben das Potenzial, das Grundgerüst anderer und auch europäischer Gesellschaften, ausgehend von deren Markt-, Rechts-, Justiz-, Steuer- und Verwaltungssystemen, zu untergraben. Das Phänomen der Guerilla-Außenbe-

ziehungen an sich ist weder neu noch einzigartig. Beispiellos aber ist die globale Präsenz und Wucht der Ausbreitung dieser Schattennetzwerke.

#### 4. Ein differenzierter Blick auf die „neue“, „aggressive“ Außenpolitik Chinas

Die im vorangehenden Abschnitt vorgestellten Dimensionen verdeutlichen die Vielzahl einander oft diametral entgegen gesetzter Ziele bzw. Interessen der chinesischen Außenpolitik, die zum Einsatz kommenden unterschiedlichen Mittel sowie die verschiedenartigen Prozessabläufe und Akteurskonfigurationen. Die Mehrzahl der westlichen Berichterstattungen zur chinesischen Außenpolitik leidet daran, diese unterschiedlichen Dimensionen nicht ausreichend zur Kenntnis zu nehmen und sie stattdessen einfach in einen Topf zu werfen. Die Unterscheidung dieser Dimensionen, wie sie nachfolgend auf einige ausgewählte Aspekte der These von einer „neuen“ und „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik angewandt wird, ist aber nicht nur ein analytisches Anliegen, sondern hat auch eine wichtige praktische Bedeutung: Angemessenes westliches Antwortverhalten auf die Herausforderungen durch die chinesische Außenpolitik muss sich viel stärker als bisher an den Dimensionen und vor allem den beteiligten Akteuren orientieren.

#### Die 'imperiale' Dimension der Außenbeziehungen

Die Vertreter der These einer „neuen“, „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik beziehen sich in ihrer Argumentation im Grunde ausschließlich auf die 'imperiale' Dimension der chinesischen Außenbeziehungen. Demnach müssten auf der deklaratorisch-konzeptionellen und praktisch-diplomatischen Ebene entsprechende Nachweise für eine neuerdings stärker expansive Außenpolitik basierend auf einer zentralistisch-hierarchischen Steuerung sowie dem Einsatz konventioneller Instrumente der Großmachtspolitik zu identifizieren sein.

Betrachtet man zunächst die deklaratorisch-konzeptionelle Ebene, so lassen sich jedoch keine offiziellen Belege für eine „neue“, „aggressivere“ Außenpolitik erkennen. In einem grundlegenden theoretischen Artikel in der Parteizeitschrift „Dangdai Shijie“ (offizielles Organ der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas), der bis heute immer wieder von chinesischen Autoren zitiert wird, bezog sich der für die Außenpolitik zuständige Staatsrat Dai Bingguo im Jahre 2010 ganz bewusst auf Deng Xiaopings Anweisung „keine Führungsrolle anzustreben“ (*bu dang tou*) oder gar als „Hegemon aufzutreten“ (*bu cheng bao*). Ebenso versicherte er den Nachbarstaaten, an dem „auf gute Nachbarschaft setzenden“, „auf Frieden und Wohlstand gerichteten“ regionalen Multilateralismus (*mulin, anlin, fulin de zhoubian waijiao*) festzuhalten (Dai Bingguo 2010, 6). Es ist gewiss kein Zufall, dass gerade mitten hinein in die Diskussion um eine „neue“ chinesische Außenpolitik im September 2011 das neueste

außenpolitisch relevante Weißbuch „Chinas friedliche Entwicklung“ (*Zhongguo de heping fazhan*) veröffentlicht wurde. Dieses wiederholt noch einmal das allseits bekannte Standardrepertoire der „unabhängigen Außenpolitik des Friedens“ (*duli zizhu wajiao*) zur Förderung einer „harmonischen Welt“ (*hexie shijie*). Ebenfalls das seit Jahren im diplomatischen Gebrauch befindliche „internationalistische“ Vokabular wie die Schaffung von „Win-win“-Konstellationen (*huli gongying*) oder der Wille, aktive Beiträge im Rahmen der internationalen Verpflichtungen (*guoji zeren*) leisten zu wollen, werden in dem Weißbuch wiederum aufgegriffen (Guowu Xinwen Bangongshi 2011). Auch die Konzeptionierung der chinesischen Kerninteressen wird im Sinne der bekannten, althergebrachten Definition verwandt; eine Erweiterung über die oben erwähnten drei Bestandteile ist nicht erfolgt. Ganz im Gegenteil betont das Dokument sogar den chinesischen Respekt gegenüber dem legitimen Recht anderer Staaten, die eigenen Interessen zu verteidigen, verspricht Rücksicht zu nehmen auf Sorgen und Interessen anderer Staaten und bringt zum Ausdruck, die eigenen Interessen mit denen der übrigen Welt integrieren (*jiehe qilai*) zu wollen (Guowu Xinwen Bangongshi 2011). Das Festhalten an der traditionellen Definition der eigenen Kerninteressen und die vorsichtige Wortwahl gegenüber den Interessen anderer Staaten sind mitnichten nur Propaganda. Nach den Analysen von Michael Swaine (Swaine 2011) sind die 2010 aufgekommenen Gerüchte, das Südchinesische Meer sei den chinesischen Kerninteressen hinzugefügt worden, eher auf amerikanische Konversationspannen zurückzuführen. Es gibt demnach bisher keine einzige offizielle Erklärung, die über die drei oben genannten Elemente hinausgeht, alles andere sind lediglich inoffizielle Stimmen. Seiner Meinung nach ist das wiederholte Auftauchen der „Kerninteressen“ im chinesischen Diskurs in erster Linie zu verstehen als eine Art Signalfunktion nach außen (v.a. gegenüber den USA), bestimmte Grundsatz-Positionen Chinas (bezüglich Tibet, Xinjiang, Taiwan) zu respektieren und nicht in Frage zu stellen.

Diese Diskussion um die chinesischen Kerninteressen ist mithin ein Paradebeispiel dafür, wie sich Gerüchte und Spekulationen verselbstständigen, gegenseitig hochschaukeln und auf Missverständnissen beruhende Politikinitiativen auslösen können: Im Anschluss an die vermeintliche Neuigkeit, dass das Südchinesische Meer zu den chinesischen Kerninteressen zähle, erklärten die USA ihrerseits, die Aufrechterhaltung des Friedens und der freien Seewege im Südchinesischen Meer zählten zu ihren „nationalen Interessen“. Daraus wiederum erwuchs eine hitzige Diskussion in China, wie man auf diese amerikanische „Provokation“ reagieren solle.

Eine weitere Quelle für Fehlinterpretationen der chinesischen Außenpolitik liegt zudem in einem teilweise falschen Verständnis von Soft Power. Dieser Begriff umschreibt nach Joseph Nye (Nye/Wang 2009; Nye 2004) die Fähigkeit einer Nation, die eigenen Leitvorstellungen und Interessen nicht nur durch Zwang (militärische Macht) oder materielle Anreize (ökonomische Macht) zu befördern, sondern durch die ideelle Attraktivität und modellprägende Kraft des nationalen Gesellschafts-, Kultur-, Wirtschafts- oder Staatssystems. In der Anwendung auf China haben zahl-

reiche Untersuchungen (z.B. Breslin 2011; Ding Sheng 2010; Li Mingjiang 2009) jedoch die Besonderheiten des chinesischen Verständnisses von Soft Power als Teil der außenpolitischen Strategie herausgearbeitet: Die Anziehung- und Prägekraft einer Nation ergibt sich demnach nicht einfach daraus, dass Außenstehende einer Nation bewunderns- und nachahmenswerte gesellschaftlich-kulturelle Errungenschaften zuschreiben. Vielmehr zeigt sich in den außenpolitischen Kreisen der VR China ein instrumentelles Verständnis von Soft Power (Breslin 2011). Soft Power wird demnach als langfristig angelegtes staatliches Projekt der aktiven Prägung eines attraktiven internationalen Images begriffen. Gestützt auf die globale Attraktivität der traditionellen chinesischen Kultur (die von chinesischen Politikern als „Eigentum nicht nur Chinas, sondern der gesamten Welt“ dargestellt wird) und die Erfolge der wirtschaftlichen Modernisierung sowie unter Verweis auf national-kulturelle Besonderheiten sollen „Fehlwahrnehmungen“ Chinas im Ausland und „Missverständnisse“ bezüglich der Intentionen und des Verhaltens Chinas korrigiert werden. In den Augen vieler chinesischer Diplomaten und Politikberater ist zudem die Differenzierung von Hard und Soft Power grundsätzlich fragwürdig. Die Förderung von Soft Power entspricht aus chinesischer Sicht der Logik des internationalen „Wettkampfes um umfassende nationale Stärke“ (*zonghe guoli douzheng*). Gerade dieser Aspekt wurde im „Beschluss bezüglich des wichtigen Themas der Vertiefung der Reform des kulturellen Systems sowie der Förderung der Großen Entwicklung und der Blüte der Sozialistischen Kultur“, verabschiedet auf der 6. Plenartagung des XVII. Zentralkomitees am 26. Oktober 2011, nochmals unmissverständlich hervorgehoben. Demnach treten der Stellenwert und die Funktion der Kultur im Kampf um die umfassende nationale Stärke immer stärker zu Tage (*geng jia tuxian*), seien der Schutz der kulturellen Sicherheit immer schwieriger (*geng jia jianju*) und die Stärkung der nationalen kulturellen Soft Power (*wenhua ruanshili*) sowie die Anforderungen an die internationale kulturelle Einflussfähigkeit Chinas (*zhonghua wenhua guoji yingxiangli*) immer dringlicher (*geng jia jinpo*). Im Kontext eines solchen politisierten Verständnisses von Kultur im Besonderen und Soft Power im Allgemeinen wird die globale Popularisierung der chinesischen Kultur als fester Bestandteil der „Auswärtigen Propaganda-Arbeit“ (*waixuan gongzuo*) verankert. Staatseigenen Medienunternehmen (insbes. Radio China International, CCTV, Xinhua-Nachrichtenagentur) wird eine wichtige Rolle in der Förderung chinesischer Soft Power zugewiesen. Die globale Präsenz chinesischer Medien wird – in Konkurrenz zu globalen Konzernen wie CNN oder Al Jazeera – mit großem Mitteleinsatz ausgebaut. Programmatisch führend, wenn auch operativ im Hintergrund bleibend, ist in diesen Bemühungen die Zentrale Propaganda-Abteilung der Kommunistischen Partei. Wenn im Westen also die Abkehr von der bisherigen Soft Power-Strategie Chinas beklagt wird, so ist dies nicht ein Zeichen einer „neuen“ Außenpolitik Chinas, sondern legt eher Zeugnis ab über westliche Wunschvorstellungen, was den Charakter der chinesischen Soft Power-Konzeption betrifft.

Auf der praktisch-diplomatischen Ebene ist Chinas sehr ambitioniertes militärisches Modernisierungsprogramm in der Tat am ehesten als Nachweis von expansiven Bestrebungen anzuführen. Es ist der wesentliche Auslöser für Befürchtungen bei Chinas Nachbarstaaten über eine mögliche Rückkehr zu hierarchisch-*asymmetrischen* Ordnungsprinzipien des traditionellen chinesischen Tributsystems. Die Sicherheitspolitik ist aber andererseits streng genommen das einzige Politikfeld, das von einer umfassenden zentralistisch-hierarchischen Steuerung, von einem planvollen, langfristigen, strategischen Vorgehen geleitet ist. Zwar ist ohne Zweifel durch die von vom 'Imperium' ausgehende Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte das militärische Kräfteverhältnis in der Region (vor allem im Vergleich zu Taiwan und den südostasiatischen Staaten) zu Gunsten Chinas verschoben worden. Der in der letzten Zeit wieder oft bemühte westliche Verweis auf die mangelnde Transparenz der VBA ist jedoch ein „alter Hut“, zählt er doch traditionell zum Standardrepertoire der Analyse der chinesischen Streitkräfte. Die vorwiegend auf die Ebene der Zentralen Führungsgruppen verlagerte und deshalb wenig leistungsfähige horizontale Entscheidungskoordination zwischen staatlichen und militärischen Stellen ist in der Tat immer wieder für außenpolitische Inkonsistenzen ursächlich gewesen. Die besten Kenner des chinesischen militärpolitischen Establishments stimmen aber darin überein, dass hohe Armeeoffiziere meist vorwiegend sektorale Interessen verfolgen (etwa Budgetmaximierung und Finanzierung neuer Waffensysteme für bestimmte Teilstreitkräfte), bislang jedoch zu keinem Zeitpunkt die Militärs eine unabhängige Kraft in der außenpolitischen Entscheidungsfindung darstellten (Cabestan 2009; Finkelstein/Gunness 2007; Scobell/Wortzel 2005). Die Autorität der zivilen Parteiführung ist bislang in außen- und auch taiwanpolitischen Entscheidungsprozessen trotz vielfacher Einwände von militärischer Seite nie grundsätzlich in Frage gestellt worden. Die in den beiden letzten Jahren mehrfach zu verzeichnenden Überraschungen bei der Vorstellung neuer militärischer Hardware (z.B. Testflug der J-20 im Januar 2011) oder die oben genannten Zwischenfälle sind wohl eher eine Folge der bürokratischen und kommunikativen Abschottungen zwischen zivilen und militärischen Hierarchien, nicht jedoch als ein Beleg für ein Eigenleben des Militärs zu verstehen.

Gerade kein Beispiel für eine „neue“ chinesische Außenpolitik sondern eher im Gegenteil ein Beleg für deren Kontinuität ist die unnachgiebige Verteidigung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) gegenüber Regimekritikern bzw. das Festhalten an der repressiven Menschenrechtspraxis trotz westlicher Kritik. Der Konflikt um Liu Xiaobo von Oktober bis Dezember 2010 zeigt exemplarisch, in welchem Maße weiterhin in der chinesischen Außenpolitik Rücksichten auf das internationale Ansehen und Wohlergehen in den Hintergrund treten, sobald politische Kerninteressen wie die Bekämpfung innerchinesischer Opposition gegen die Herrschaft der KPCh berührt werden.

Auch intraelitäre Konflikte taugen nicht, um eine Abkehr von der bisherigen Außenpolitik zu belegen: Die Kandidaten, die im Allgemeinen für die Führungspositi-

onen nach dem XVIII. Parteitag im Herbst 2012 gehandelt werden (Xi Jinping als zukünftiger Generalsekretär und Staatspräsident, Li Keqiang als möglicher Premierminister, Bo Xilai (Parteisekretär von Chongqing) und Wang Yang (Parteisekretär von Guangdong) als etwaige zukünftige Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros) sind bisher nicht mit nennenswerten öffentlichen Äußerungen i.S. einer Infragestellung der bisherigen Außenpolitik aufgefallen, sondern profilieren sich – wenn überhaupt – mit innenpolitischen Themen. Dieses generell vorsichtig tastend-taktierende Verhalten ist typisch für Phasen des anstehenden Elitenaustausches. Keiner der für den Aufstieg in höchste Ämter in Partei und Staat ins Auge gefassten Kandidaten würde es zudem wagen, offen wesentliche Grundsätze Deng Xiaopings in Zweifel zu ziehen.

### **Die fortwirkenden Kräfte der Interdependenz**

Trotz großer Volatilitäten in der Weltwirtschaft und Spannungen in den Großmachtbeziehungen verfolgt die chinesische Regierung nach wie vor eine Vertiefung ökonomischer Interdependenz und multilateraler Bindungen und wird dadurch in einer unilateralen Machtentfaltung gehemmt. Innerhalb der chinesischen Regierung und Wirtschaft – auf zentraler wie auch auf Provinzebene – gibt es sehr starke Kräfte, die weiterhin auf eine Vertiefung internationaler Kooperation und Integration hinwirken. Mehrere Beispiele lassen sich hierfür heranziehen: Das im Januar 2010 in Kraft getretene China-ASEAN Freihandelsabkommen wurde so ganz bewusst von Hu Jintao während des Boao-Forums im April 2010 zum Anlass genommen, die Fortdauer der ökonomischen Integration Chinas mit Südostasien trotz politischer Spannungen zu betonen (Sutter/Huang 2011). Als die wirtschaftspolitischen Spannungen zwischen China und dem Westen wegen des chinesischen Umgangs mit ausländischen Direktinvestitionen besonders virulent zu werden schienen, beeilte sich die Führung der Volksrepublik (z.B. Premierminister Wen Jiabao, Vizepräsident Xi Jinping) bei mehreren Gelegenheiten zu versichern, dass sich an der Politik der Öffnung nach außen nichts ändern werde. Gerade diejenigen Provinzen mit einem hohen Anteil ausländischer bzw. taiwanischer Direktinvestitionen (z.B. Guangdong, Fujian, Zhejiang, Jiangsu) haben in der Vergangenheit immer wieder bei der Zentralregierung Lobbying zu Gunsten ausländischer Investoren betrieben. Ohnehin ist die pauschale Kritik an Chinas Merkantilismus, an einer Rückkehr des Staatskapitalismus im Zuge der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise als bewusst betriebene Strategie seit 2008 fragwürdig (Branstetter/Lardy 2008; Naughton 2009). Es zeigt sich hierin eine starke Tendenz bei westlichen Beobachtern, Erfahrungen und dichotomische Kategorien, die aus den Zeiten des Kalten Krieges (z.B. Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft) stammen, ungeprüft auf China zu übertragen. Die Dynamik Chinas ist aber unmöglich mit solchen Kategorien zu verstehen.

Außerdem sind westliche Beobachter gut beraten, nicht nur nach konfliktiven Elementen in der chinesischen Außenpolitik Ausschau zu halten, nur weil dies dem Zeitgeist gerade entspricht. Die chinesische Taiwan-Politik ist hier ein gutes Beispiel: Der Prozess der Annäherung seit 2008 gegenüber der Administration von Ma Yingjiu, die Zugeständnisse und Flexibilität hinsichtlich der „Ein-China-Formel“ sowie die Bereitschaft zu asymmetrischen Gewinnen zu Gunsten Taiwans im Zusammenhang mit dem „Rahmenabkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ im Jahre 2010 passen nicht in das Bild einer aggressiv auftretenden, rein nationalistischen Impulsen folgenden Volksrepublik China.

Es muss an dieser Stelle nochmals betont werden: Das Kernproblem bei der Analyse und Bewertung der chinesischen Außenpolitik ist die Wahrnehmung und Darstellung Chinas als quasi monolithischer Akteur. Trotz ausgeprägter Planungsambitionen der chinesischen Regierung, trotz des autoritären Charakters des politischen Systems gibt es aber kein allmächtiges Zentrum, das alle beobachtbaren Aktivitäten auf den Weg bringen, koordinieren und überwachen könnte. Vielfältige Konkurrenzbeziehungen, Informationsblockaden und bürokratische Abschottungstendenzen auf der zentralstaatlichen Ebene bestimmen vielmehr die außenpolitische Entscheidungsfindung in China. (Schmidt/Heilmann 2012, Kapitel 3; Wei Da 2010, 100). Dementsprechend finden sich Aspekte einer rücksichtslosen, in erster Linie an der Sicherung der eigenen Interessen ausgerichteten, konfrontativen Außenpolitik ebenso wie eine auf multilaterale globale und regionale Einordnung setzende kooperative Strategie.

### **Unkonventionelle Außenbeziehungen 'im Schatten des Imperiums'**

Die meisten westlichen Vertreter einer angeblich „neuen“ und „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik vernachlässigen nicht nur die Vielfalt der an der Koordinierung und Entscheidungsfindung beteiligten Akteure und Verfahren auf einer horizontalen Ebene. Vor allem verkennen sie die dezentralisierte Umsetzung außenpolitischer Entscheidungen durch subnationale Akteure. Es handelt sich hier im Grunde trotz des autoritären Charakters des politischen Systems Chinas um ein klassisches Prinzipal-Agenten-Problem. Die Agenten haben also einen großen Handlungsspielraum, die vom Prinzipal festgelegten Ziele bzw. Prioritäten umzusetzen.

Im Falle der Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer grenzt es schon an wissenschaftlicher Unredlichkeit, wenn man wie Dan Blumenthal (Blumenthal 2011) davon spricht „China harassed Vietnamese fisherman near disputed islands in the sea“. Im Falle des Südchinesischen Meers handeln gerade nicht „China“ oder die VBA, sondern eine ganze Reihe unterschiedlicher bürokratischer Akteure ist hier beteiligt (Hille 2011c): die Küstenwache (als Teil der Grenzschutzabteilung der Bewaffneten Volkspolizei), die Administration für maritime Sicherheit unter dem Dach des Transportministeriums, die Abteilung zur Durchsetzung der Fischerei-

gesetze unter dem Landwirtschaftsministerium, die Zollhauptverwaltung, die Maritime Überwachungseinheit unter der Staatlichen Ozeanographischen Verwaltung. All diese stehen in einem intensiven Wettbewerb um die Aufmerksamkeit des nationalen Publikums, in Konkurrenz um Haushaltsmittel, und sie nutzen die Handlungsfreiheit, die ihnen im 'Schatten des Imperiums' gewährt wird.

Ähnlich verhält es sich bei diplomatischen Verhandlungen: So treten bei multilateralen Zusammentreffen in der Regel sehr große chinesische Delegationen auf, die die bürokratische Interessenvielfalt in dem betroffenen Politikfeld widerspiegeln, aber nur über ein begrenztes Mandat verfügen (Pearson 2010). Die damit einhergehenden internen Blockaden und Lähmungen des Verhandlungsprozesses sind dann oft nur durch vehementen Einsatz einzelner Vertreter der Führungsspitze aufzulösen. Ausländischen Partnern werden von unterschiedlichen politisch-bürokratischen Akteuren aus China somit widersprüchliche Signale übermittelt. Es ist oft schwierig einzuschätzen, wer wann das entscheidende „letzte Wort“ in Verhandlungen gesprochen hat oder wer für eine unzureichende Umsetzung eingegangener internationaler Verpflichtungen verantwortlich ist. Am Beispiel der oft zitierten chinesischen „Verantwortungslosigkeit“ während der Kopenhagener Klimaschutzverhandlungen von 2009 lässt sich dies gut illustrieren: Tatsächlich gab es innerhalb der chinesischen Delegation vor Ort offenbar Unstimmigkeiten über mögliche Kompromissoptionen. Während die Klimapolitik-Spezialisten in der Delegation für eine Verpflichtung auch auf quantitative Zielvorgaben eintraten, setzten sich Völkerrechts-Generalisten durch, die von einer solchen Verpflichtung strikt abrieten. Im Ergebnis stellte die chinesische Delegation das traditionelle außenpolitische Prinzip der Ablehnung von bindenden Verpflichtungen über das Interesse an einer signifikanten und kooperativen Reduktion globaler Treibhausgas-Emissionen. Das Interesse an wirtschafts- und umweltpolitischer Flexibilität wie auch die Meidung völkerrechtlich begründeter internationaler Rechenschaftspflichten wirkten in Kopenhagen dringlicher als die Bedrohung durch den Klimawandel (Schmidt/Heilmann 2012, Kapitel 7).

Selbst auf der deklaratorisch-konzeptionellen Ebene sollte man eher von Akteuren im 'Schatten des Imperiums' ausgehen: Nationalistische Meinungsbeiträge einzelner chinesischer Journalisten oder Wissenschaftler, die in westlichen Medien besonders eifrig wiedergegeben werden, können in keinem Falle ungeprüft als Anzeichen einer grundsätzlichen Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik interpretiert werden. Antiwestliche Äußerungen in chinesischen Publikationen, die eine zu „weiche“ Außenpolitik gegenüber den USA oder in der Taiwan-Frage kritisieren, sind vielmehr Ausdruck einer pluralistischeren außenpolitischen Öffentlichkeit und Meinungsbildung. Presseerzeugnisse wie die „Global Times“ spiegeln zudem die ausgeprägte kommerzielle Logik im chinesischen Mediensystem wider, in dem sich plakative Botschaften auf dem Nährboden des allgemeinen Nationalismus besser verkaufen lassen als differenzierte, nüchterne Lageanalysen. In diesem Sinne sollte auch nicht jedes Wort eines chinesischen Offiziers auf die Goldwaage gelegt werden. Längst gestehen Presseberichten zufolge selbst die beteiligten Offiziere zu, dass

sie aus finanziellen Gründen das Licht der Öffentlichkeit suchen und sie als „wütende Generäle“ nur die Nachfrage der chinesischen Öffentlichkeit nach einschlägigen patriotischen Botschaften befriedigen. Wie in einer Art öffentlichen Inszenierung verbreiten sie nationalistische Töne stets im Bewusstsein, dass der 'Schatten des Imperiums' sie jederzeit ruhig stellen kann und dies in der Regel auch tut (Hille 2011c). Auch bei einigen der im Westen als offen spezifisch anti-amerikanisch charakterisierten Buchpublikationen lohnt sich oft ein genauerer Blick. So ist beispielsweise das dem Titel nach im Westen bekannt gewordene Buch von Liu Mingfu „Der chinesische Traum“ in weiten Teilen weniger eine Aufforderung zu einer Wachablösung der USA in der internationalen Politik als ein weiterer Beitrag, der die grassierende Korruption, „Verknöcherung des politischen Systems“ oder das kulturelle Vakuum in China zum Gegenstand hat (Hughes 2010).

In diesem Zusammenhang sind auch die in der westlichen China-Beobachtung große Aufmerksamkeit erregenden außenpolitischen Think Tanks einzuordnen. Zwar ist es durchaus plausibel, dass die unterschiedlichen Varianten von „alten“ und „neuen“ Linken bis hin zu kulturalistischen Nationalisten innerhalb der Think Tank-Landschaft in China mehr Gehör finden konnten (Shambaugh 2011). Think Tanks spielen jedoch generell im außenpolitischen Entscheidungsprozess Chinas lediglich eine marginale Rolle: Nur in die außenpolitische Analyse und Informationsverarbeitung sind sie einbezogen, sie stehen jedoch klar außerhalb des inneren oder erweiterten Entscheidungszirkels (Schmidt/Heilmann 2012, Schaubild 3.1).

### 'Guerilla'-Außenbeziehungen

Dieser Aspekt fehlt in der Regel bei der Diskussion einer möglicherweise „neuen“ und „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik völlig, weil Aktivitäten, die eigentlich hier zu verorten sind, von Beobachtern gern dem 'Imperium' zugeordnet werden.

Auf der deklaratorisch-konzeptionellen Ebene sind hier die kaum mehr zu überblickenden Beiträge von Usern in nationalistischen chinesischen Online-Foren wie dem „Eisen- und Blut-Netz“ (*tiexuewang*) oder dem „Forum für Militärangelegenheiten“ (*junshi luntan*) des Internetauftritts der *Renmin Ribao* zu nennen. Die nationalistische Online-Gemeinde schuf zum Beispiel mit ihren offen anti-japanischen Wortmeldungen im Konflikt um die umstrittenen Gebiete im Ostchinesischen Meer oder mit ihrer Kritik an Militärmanövern der USA und Südkorea im Gelben Meer im Jahre 2010 eine aufgeheizte Atmosphäre, in der das Außenministerium permanent mit offiziellen Stellungnahmen der Stimmung hinterherlief. Diese nationalistischen Foren sind zwar eine stete Quelle für Irritationen in den Beziehungen zwischen China und seinen Nachbarn (vor allem in konkreten Konfliktsituationen), sie sind jedoch keineswegs repräsentativ für offizielle Positionen der chinesischen Regierung.

Auf der praktisch-diplomatischen Ebene finden sich zahlreiche Aktivitäten, die an der Grenze zwischen den unkonventionellen Außenbeziehungen 'im Schatten des

Imperiums' und den 'Guerilla'-Außenbeziehungen anzusiedeln sind. Dazu zählen im vorliegenden Fall die Handlungen der informationellen Kriegführung durch typischerweise in Provinzstädten gestartete Angriffe auf ausländische Ziele, die zentral vorgegebenen Initiativen folgen, aber nicht zentral koordiniert werden. Teilweise sind die überwiegend kommerziellen, gelegentlich auch politisch agierenden Hacker-Netzwerke mit ihren „patriotischen“ Attacken auf China-kritische ausländische Regierungs- oder Medien-Webseiten allerdings auch völlig selbstständig tätig, ohne unmittelbaren Kontakt zu chinesischen Regierungsstellen zu haben.

Ebenso als Teil der 'Guerilla'-Außenbeziehungen zu werten sind die zahlreichen Zwischenfälle mit chinesischen Booten, die in den (wegen konkurrierender Gebietsansprüche in der Regel umstrittenen) exklusiven Wirtschaftszonen Japans, Südkoreas oder der Anrainerstaaten im Südchinesischen Meer Fischfang betreiben. Diese Vorfälle beruhen im Grunde eigentlich auf privatwirtschaftlicher kommerzieller Konkurrenz und sind keineswegs zentral von Beijing aus gesteuert. Sie weisen jedoch jederzeit ein erhebliches Eskalationspotenzial auf, weil sie leicht als Symbole der Verletzung nationaler Souveränität herhalten und einen heftigen diplomatischen Schlagabtausch auslösen können.

## **5. Die chinesische Außenpolitik: „Neu“ – aber (noch) nicht „aggressiv“**

Insgesamt betrachtet ist also die Mehrzahl der von den Vertretern einer „neuen“, „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik herangezogenen Erscheinungsformen und Gründe hierfür nicht überzeugend. Dennoch kann man Anzeichen von Neuerungen in der chinesischen Außenpolitik entdecken, ohne gleich in den Chor der alarmistischen Warnungen vor einer neuen „Aggressivität“ Chinas einstimmen zu müssen:

Sie ist „neu“ in dem Sinne, dass viele Ausdrucksformen chinesischer Außenbeziehungen mehr und mehr sich in den oben genannten Dimensionen im Schatten bzw. außerhalb des 'Imperiums' abspielen. Die Analyse der chinesischen Außenpolitik ist damit zu einer größeren Herausforderung geworden. Die Fixierung in weiten Teilen der westlichen China-Beobachtung auf ein allmächtiges 'Imperium', das für alle Politikfelder detaillierte nationale Expansionspläne schmiedet und diese konsequent mittels einer festgefügten Hierarchie auch umsetzen kann, geht an der Komplexität und Widersprüchlichkeit der realen chinesischen Außenpolitik vorbei. Für den Westen und Chinas Nachbarstaaten wird es in konkreten Konfliktfällen viel mehr als bisher darauf ankommen, dieser neuen Gestalt der chinesischen Außenpolitik gerecht zu werden.

Die chinesische Außenpolitik ist außerdem in sofern „neu“, als sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise das internationale Umfeld, in dem die chinesische Außenpolitik stattfindet, fundamental gewandelt hat. Der „Westen“ – repräsentiert von den USA, der EU und Japan – stellt nicht mehr wie unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges das unangefochtene Leitbild für die Welt des 21. Jahrhunderts dar.

Die alten Führungsmächte der G-7 sind mit sichtbaren, gravierenden Defiziten in den eigenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ordnungen konfrontiert. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern wird offen angezweifelt, ob amerikanische und europäische politisch-ökonomische Institutionen in deren derzeitiger Verfassung probate Lösungsmittel für die neuen Problemlagen des 21. Jahrhunderts bereithalten. Vor dem Hintergrund der gravierenden Handlungsblockaden, der institutionellen Strukturkrisen und politischen Selbstbezüglichkeiten innerhalb von EU, USA und Japan hat sich augenscheinlich bei Chinas außenpolitischen Entscheidungsträgern, auf diplomatischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene die Sichtweise fest eingegraben, dass sich die Gewichte in der internationalen Politik und der globalen Ökonomie zugunsten Chinas verschoben haben, während die USA und Europa als Vorbilder bzw. Referenz gänzlich diskreditiert sind (siehe hierzu prägnant Wu Xinbo 2010). Dieses neue Selbstbewusstsein geht aber einher mit gleichzeitig übersteigerten Ängsten, die in Krisensituationen sogar Züge einer Wagenburg-Mentalität entwickeln können. Was westliche Außenpolitik und Unternehmen mit Blick auf die 'imperiale' Dimension des chinesischen Aufstiegs besonders beschäftigen muss, sind die fundamentalen Risiken im Status dieses Reiches. Viele Dilemmata einer verspäteten Großmacht und Analogien mit den Status-Ängsten und Vorstößen des Wilhelminischen Kaiserreichs vor 1914 lassen sich im gegenwärtigen China durchaus wiedererkennen (Schmidt/Heilmann 2012, Kapitel 13, ähnlich auch Christensen 2011):

- Umzingelung von außen: In China ist die Einschätzung weit verbreitet, dass Allianzen und Absprachen der alten etablierten Mächte sich darauf richten, die neue aufstrebende Großmacht zu hemmen und niederzuhalten. Nicht zuletzt deshalb werden die „Rückkehr der USA“ nach Asien und der Ausbau der Sicherheitskooperation der USA mit Japan in China mit soviel Argwohn betrachtet. Wie im Wilhelminischen Deutschland finden auch in China das Beharren auf einem eigenständigen, „nicht-westlichen“ Entwicklungsmodell und die Ablehnung „kulturfremder“ liberaler Ordnungsvorstellungen große Resonanz. Die außenpolitische Diskussion bleibt im Kern auf die Rivalität mit der alten Hegemonialmacht fixiert. Ökonomische Interdependenz allein wird – wie im Falle der britisch-deutschen Verflechtungen und Rivalitäten vor 1914 – nicht zwingend offene Konflikte zwischen China und den USA verhindern können.
- Unsicherheiten und extreme Erwartungen im Innern: Die internen politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen, vor denen China steht, absorbieren einen Großteil der Energien der politischen Führung. Die chinesische Regierung sieht sich nicht nur durch gesellschaftliche bzw. ethnische Spannungen und gravierende politische Legitimationsdefizite herausgefordert. Eine gewaltige Quelle von Risiken und Konflikten stellen die extremen – dauerhaft kaum zu befriedigenden – Erwartungen an rasche Steigerungen von Wohlstand und Lebensqualität dar. Hinzu kommen, wie kurz dargestellt, stark nationalistische Strömungen in Bevölkerung und Internet-Öffentlichkeit, die

bereits mehrfach gezeigt haben, dass sie auf nationale „Demütigungen“ Chinas und diplomatische Kompromisse der chinesischen Regierung mit sofortiger Mobilisierung reagieren können. Diese inneren Faktoren ergeben eine explosive Konstellation.

Die Volksrepublik China steht also vor immensen äußeren wie inneren Herausforderungen. Eine innere Destabilisierung ist jederzeit denkbar und wird – je nach auslösendem Ereignis und konkretem Kontext – unterschiedlich gravierend ausfallen. Aber auch die Anfälligkeit der Außenbeziehungen Chinas für abrupte Störungen ist beträchtlich. Die chinesische Führung wird auch in Zukunft der Wahrung ihrer Kerninteressen im Zweifelsfall Vorrang vor multilateraler Kooperation, diplomatischen Rücksichten und globaler Imagepflege einräumen. Gleichzeitig wachsen die Friktionen auf den internationalen Finanz- und Handelsmärkten, die strategischen Rivalitäten mit den USA sowie die Konkurrenz mit anderen bislang führenden Handels- und Technologiemächten (darunter Japan und Deutschland). Aus diesen Gründen wird die Störungsanfälligkeit in Chinas Außenbeziehungen in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich zunehmen. Für einen sich an der Tagesaktualität orientierenden Alarmismus, wie er sich seit 2009 in der These von der „neuen“, „aggressiven“ chinesischen Außenpolitik ausdrückt, ist es allerdings (noch) zu früh.

## Literaturverzeichnis

- Blumenthal, Dan (2011), „Riding a tiger: China's resurgent foreign policy aggression“, *Foreign Policy* (Online), 15. April 2011
- Branstetter, Lee/Lardy, Nicholas R. (2008), „China's Embrace of Globalization“; in: Brandt, Loren/Rawski, Thomas G. (Hgg.), *China's Great Economic Transformation*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 633-682
- Bremmer, Ian (2010), *The End of the Free Market. Who Wins the War Between States and Corporations*. New York: Portfolio
- Breslin, Shaun (2011), *The Soft Notion of China's 'Soft Power'*. London: Chatham House, Asia Programme Paper: ASP PP 2011/03, February 2011
- Brown, Kerry/Loh, Su Hsing (2011), *Trying to Read the New 'Assertive' China Right*. Chatham House, Asia Programme Paper ASP PP 2011/02, January 2011
- Cabestan, Jean-Pierre (2009), „China's Foreign- and Security-Policy Decision-Making Process under Hu Jintao“; in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 38, 3, S. 63-97
- Christensen Thomas J. (2011), „The Advantages of an Assertive China“, in: *Foreign Affairs*, March/April 2011, S. 54-67
- Dai, Bingguo (2010), „Zhichi zou heping fazhan daolu“ (Weiterhin den friedlichen Entwicklungsweg beschreiten); in: *Dangdai Shijie*, 21/2010, S. 4-8
- Ding, Sheng (2010), „Analyzing Power from the Perspective of 'Soft Power': A New Look at China's Rise to the Status Quo Power“; in: *Journal of Contemporary China*, Vol. 19 (64) March, S. 255-272.
- Dreyer, June T. (2011), „China as Rumpelstiltskin“, *The Diplomat* (Online), 12. Februar 2011
- Dyer, Geoff (2010), „Power play in the South China Sea“, *Financial Times* (Online), 9. August 2010
- The Economist (2010a), Banyan, „From the charm to the offensive“, 9. Januar 2010
- The Economist (2010b), „Testing the waters. Strategic jousting between China and America“, 31. Juli 2010
- Finkelstein, David M./Gunness, Kristen (Hgg.) (2007), *Civil-Military Relations in Today's China. Swimming in a New Sea*. Armonk/N.J.: M.E. Sharpe
- Global Times (2011a) (Online), „Time to teach those around South China Sea a Lesson“, 29. September 2011
- Global Times (2011b) (Online), „Don't take peaceful approach for granted“, 25. Oktober 2011

- Heilmann, Sebastian/Perry, Elizabeth J. (Hgg.) (2011), *Mao's Invisible Hand. The Political Foundations of Adaptive Governance in China*. Harvard: Harvard University Press
- Hille, Kathrin (2011a), „Chinese military mobilises cybermilitias“, *Financial Times* (Online), 12. Oktober 2011
- Hille, Kathrin (2011b), „Armed forces: Belligerent language masks limited capabilities“, *Financial Times* (Online), 25. Oktober 2011
- Hille Kathrin (2011c), „A show of force. Fears are growing over the hold of China's well-equipped army has on foreign policy“, *Financial Times* (Online), 29. September 2011
- Hu, Jintao (2009), „Zhongda chuangxin: 'Liaowang' zaiwen chanshu Hu Jintao shidai guan de wu da zhuzhang“ (Wichtige Neuerung: „Liaowang“-Text erläutert fünf wichtige Positionen Hu Jintaos zum Blick auf das gegenwärtige Zeitalter), in: <http://cpc.people.com.cn/GB/64093/64387/10439546.html> (7.3.2011)
- Hughes, Christopher R. (2010), *In Case you missed it: China Dream, The China Beat* (<http://www.chinabeat.org>), 5. April 2010
- International Crisis Group (Hgg.) (2011), *China and Inter-Korean Clashes in the Yellow Sea. Asia Report No. 200*, 27. Januar 2011
- Jakobson, Linda/Knox, Dean (2010), *New Foreign Policy Actors in China*. SIPRI Policy Paper No. 26. Stockholm: Stockholm International Peace Research Institute
- Köckritz, Angela (2010), „Eine Frage der Ehre. Je mächtiger China wird, desto aggressiver tritt die Führung international auf“, *Die Zeit* (Online), 16. Dezember 2010
- Kurlantzick, Joshua (2011), „The Belligerents. Meet the hardliners who now run China's foreign policy“, *The National Review* (Online), 27. Januar 2011
- Kurlantzick, Joshua (2007), *Charm Offensive. How China's 'Soft Power' is Transforming the World*. Yale: Yale University Press
- Kynge, James (2010), „China and the West: Full Circle“, *Financial Times* (Online), 15. Januar 2010.
- Lam, Willy (2010), „Hawks vs. Doves: Beijing Debates 'Core Interests' and Sino-U.S. Relations“; in: *China Brief*, Vol. X, Issue 17, 19. August 2010, S. 2-4
- Li, Cheng (2010), *China's Midterm Jockeying: Gearing Up for 2012 (Part 3: Military Leaders)*. Stanford: Hoover Institution, *China Leadership Monitor*, No. 33/2010
- Li, Mingjiang (2009) (Hgg.), *'Soft Power'. China's Emerging Strategy in International Politics*. Lanham/Md. u.a.: Lexington Books
- Liu, Mingfu (2010), *Zhongguo meng. Hou meiguos shidai de daguo siwei zhanlüe dingwei*. (Der chinesische Traum. Großmachtdenken und strategische Positionierung im nachamerikanischen Zeitalter) Beijing: Zhongguo youyi chubansongsi
- Naughton, Barry (2009), *Loans, Firms and Steel: Is the State Advancing at the Expense of the Private Sector?* Stanford: Hoover Institution, *China Leadership Monitor* No. 30/2009
- Nye, Joseph (2004), *'Soft Power'. The Means to Success in World Politics*. New York: Public Affairs
- Nye, Joseph S./Wang, Jisi (2009), „The Rise of China's 'Soft Power' and Its Implications for the United States“; in: Rosecrance, Richard/Gu, Guoliang (Hgg.), *Power and Restraint. A Shared Vision for the U.S.-China Relationship*. New York: Public Affairs, S. 23-34
- Pearson, Margret M. (2010), „Domestic Institutional Constraints on China's Leadership in East Asian Economic Cooperation Mechanisms“; in: *Journal of Contemporary China*, 19 (66), September, S. 621-633
- Przystup, James J. (2011), *Japan-China Relations. Troubled Waters*. Washington: CSIS, *Comparative Connections*, Januar 2011
- Przystup, James J. (2010), *Japan-China Relations. Troubled Waters. Part II*. Washington: CSIS, *Comparative Connections*, Oktober 2010
- Rachman, Gideon (2011), „China or the US? Make your choice“, *Financial Times* (Online), 3. Oktober 2011
- Raine, Sarah (2011), „Beijing's South China Sea Debate“, in: *Survival*, Vol. 53, No. 3, October-November, S. 69-88
- Rehman, Iskander (2011), „Is the Military now Driving China's Foreign Policy?“ (January 20, 2011), in: <http://www.transatlanticacademy.org/blogs/iskander-rehman/military-now-driving-chinas-foreign-policy> (18.10.2011)
- Richter, Steffen (2010), „Rückblick 2010. Als China seine Zurückhaltung aufgab“, *Die Zeit* (Online), 23. Dezember 2010
- Schmidt, Dirk/Heilmann, Sebastian (2012), *Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China*. Wiesbaden: Springer VS (i.E.)
- Scobell, Andrew/Wortzel, Larry M. (Hgg.) (2005), *Chinese National Security. Decisionmaking under Stress*. Carlisle/PA: Strategic Studies Institute, US Army War College

- Shambaugh, David (2011), „Coping With a Conflicted China“; in: *The Washington Quarterly*, 34:1, Winter, S. 7-27
- Shambaugh, David (2010), „The year China showed its claws“, *Financial Times* (Online), 16. Februar 2010
- Solomon, Richard (2011), „China's 19<sup>th</sup> century agenda“, *The Diplomat* (Online), 20. Januar 2011
- Storey, Ian (2010), „Shangri-La Dialogue Highlights Tensions in Sino-U.S. Relations“; in: *China Brief*, Vol. X, Issue 13, 24. Juni 2010, S. 10-12
- Sutter, Robert/Huang, Chin-Hao (2011), *China-Southeast Asia Relations: China Reassures Neighbors, Deepens Engagement*. Washington: CSIS, Comparative Connections, Mai 2011
- Sutter, Robert (2010), *Chinese Foreign Relations. Power and Policy Since the Cold War*. Lanham/Md: Rowman&Littlefield
- Swaine, Michael D. (2011), *China's Assertive Behavior. Part One: On 'Core Interests'*. Stanford: Hoover Institution, *China Leadership Monitor* No. 34/2011
- Swaine, Michael D. (2010), *Perceptions of an Assertive China*. Stanford: Hoover Institution, *China Leadership Monitor* No. 32/2010
- Thayer, Carlyle E. (2011), „Chinese Assertiveness in the South China Sea and Southeast Asian Responses“; in: *Journal of Current Southeast Asian Affairs*, 2/2011, S. 77-104
- US National Counterintelligence Executive (2011), *Foreign Spies Stealing US Economic Secrets in Cyberspace. Report to Congress on Foreign Economic Collection and Industrial Espionage*. Washington D.C., Oktober 2011
- Wagener, Martin (2011), „Das Ende des Zeitalters der Flugzeugträger? Wie eine neue Rakete Chinas die Spielregeln im westlichen Pazifik verändern könnte“, *Neue Zürcher Zeitung*, 20. Januar 2011
- Wei, Da (2010), „Has China Become 'Tough?'“; in: *China Security*, Vol. 6, No.3, S. 97-104
- Wines, Michael (2010), „Behind a Military Chill: A More Forceful China“, *New York Times* (Online), 8. Juni 2010
- Wu, Xinbo (2010), „Understanding the Geopolitical Implications of the Global Financial Crisis“; in: *The Washington Quarterly*, 33:4, October, S. 155-163
- Wu, Zhong (2010), „A daring departure from Deng“, *Asia Times* (Online), 6. August 2010
- Zhao, Quansheng (1996), *Interpreting Chinese Foreign Policy. The Micro-Macro Linkage Approach*. Hongkong: Oxford University Press
- Zhonggong Zhongyang (2011), *Zhonggong zhongyang guanyu shenhua wenhua tizhi gaige tuidong shehui zhuyi wenhua da fazhan da fanrong ruogan zhongda wenti de jue ding* (Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas bezüglich des wichtigen Themas der Vertiefung der Reform des kulturellen Systems sowie der Förderung der Großen Entwicklung und der Blüte der Sozialistischen Kultur), *Renmin Ribao* (Online), 26. Oktober 2011
- Zhonghua Renmin Gongheguo Guowu Xinwen Bangongshi (2011), *Zhongguo de heping fazhan* (Chinas friedliche Entwicklung), *Beijing*, 6.9.2011